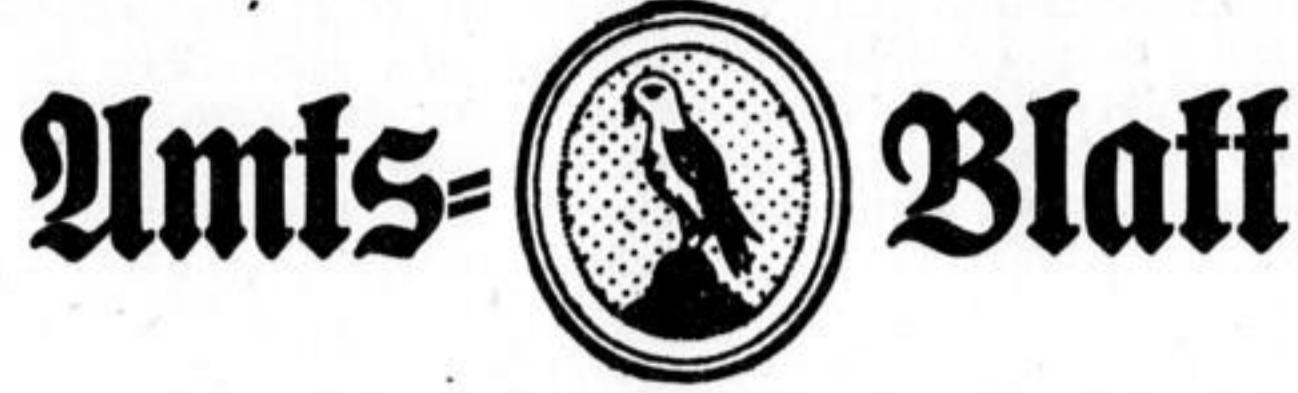


Zwönitztaler Anzeiger

Erscheint wöchentlich viermal, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. — Bezugspreis: Durch unsere Träger monatlich 90 Pfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.40. Druck u. Verlag: Buchdruckerei C. Bernhardt, Zwönitz. Inhaber u. verantw. Schriftf.: Carl Bernh. Ott, Zwönitz. Geschäftsstelle: Zwönitz, Kühnhaidestr. 73B/74. Fernspr. Nr. 23. Postfch. 4814 Leipzig.



Amts-Blatt
für das königliche Amtsgericht und die
städtischen Behörden zu Zwönitz

Anzeigen: Die sechsgepaltene (43 mm) Kleinzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Familienanz., Sammelanz., tabellar. Satz u. auswärt. Anz. 30 Pfg. die Zeile, die dreigeplat. Zeile im Reklamef. 70 Pfg., im amtl. Zeile 60 Pfg. Mindestpr. einer Anz. 1 M. Bei Wiederholungen Preisermäß. nach Vereinbarung. Bei Konkursen, Klagen, Vergleichen und Zielüberschreitung fällt jede auf Anzeigen gewährte Preisermäßigung weg.

Anzeiger für Zwönitz, Niederzwönitz, Kühnhaid, Venkersdorf, Dorchemnitz, Günsdorf und andere Ortschaften im Zwönitztale

Nr. 185.

Dienstag, den 3. Dezember 1918.

43. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 4. Dezember, auf Abschnitt 47 der Nährmittelliste in den Kundengeschäften: Karte A und B 250 Gramm Kindergerstemehl für 38 Pfg., Karte C 125 Gramm Suppe für 47 Pfg. (Pfund 1,85 M.), Zusatzarten 100 Gramm Grieß für 10 Pfg.

Ferner: Kaffeeverkauf in der städtischen Verkaufsstelle auf Eiermarkte Nr. 48. Jede Person erhält 1 Stück für 55 Pfg. Abfertigung der Käufer: 3—4 Uhr 1 bis 350, 4—5 Uhr 351 bis 720, 5—6 Uhr 721 bis 1180, 6—7 Uhr 1181 bis 1470.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Die Arbeitgeber im Bereiche des XIX. Armeekorps werden angewiesen, bei Bedarf von Arbeitskräften die Karte Nr. 3 zum Ausfüllen vom Arbeitsnachweise ihres Bezirkes zu beziehen. Leipzig, den 29. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates XIX. A.-R.

Die Kriegsamtsstelle Leipzig.
Plage. Weidert.

Vom Tage.

Wilson wird wahrscheinlich morgen Dienstag zur Friedenskonferenz abreisen.

Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover wird in den nächsten Tagen in Spa ein treffen.

Foch, Clemenceau, Orlando und Sonnino sind gestern kurz nach 2 Uhr zu Besprechungen in England auf der Station Charingcross angekommen.

Die Stadt Jmit im Oberinntal erhielt einige hundert Mann englische Besatzung. Die Italiener sind darauf wieder abgezogen.

Das englische Luftschiffamt teilt mit, daß der gesamte englische Verlust an Flugzeugen 7589 betrug.

Nach dem „Petit Parisien“ passierten 22 englische Schiffe, nach Süden fahrend, Skagen auf dem Wege nach Kiel.

*

Beschleunigter Rückzug am Rhein.

W. Düsseldorf, 30. Nov. Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der Nacht beendet. Die Besetzung wird in der folgenden Nacht oder Sonntag früh erwartet. Die letzten deutschen Truppen sollen bereits am 4. Dezember früh den Rhein überschritten haben.

W. Köln, 30. Nov. Das Gouvernement gibt bekannt: Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt die Entente, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember um 6 Uhr früh den Rhein überschritten haben sollen.

Aachen vom Feinde besetzt.

Gestern Nachmittag ist Aachen, wie der „Lokal-anzeiger“ berichtet, von 2 Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Hörnerklängen vor das Rathaus zogen und dort Aufstellungen nahmen. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt und ferner bestimmt, daß alle Lokale um 8 Uhr abends geschlossen werden müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße blicken lassen. Einem Mitglied des Soldatenrates, das vom belgischen Kommandanten empfangen werden wollte, ließ derselbe erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei, und daß von nun an in Aachen nur noch der Oberbürgermeister als Autorität anerkannt werde. Die Zeitungen dürfen während 2 Tagen nicht erscheinen, sie werden dann einer strengen Zensur unterworfen; jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Die Herrschaft der Franzosen im besetzten Gebiet.

Der Oberkommandant der Pfalz, Hauptmann Gilardoni, meldet: 1. Das Gendarmeriekommando Gersheim berichtet am 26. November vormittags: Zwischen 10 und 11 Uhr wurde auf dem Feldwege von Nieder-Gailbach nach Gersheim im Bezirksamte St. Ingberg von einem Soldaten der feindlichen Besatzungsarmee — ein

Neger von der Insel Madagaskar — an der Bauerstochter Anna Krämer von Nieder-Gailbach das Verbrechen der Notzucht verübt. Der Vorfall wurde dem in Nieder-Gailbach untergebrachten Offizier der Ententetruppen gemeldet. 2. Bezirksamt Zweibrücken berichtet unterm 28. November: Am 25. November zwischen 6 und 7 Uhr wurde die ledige Anna Stof von Malsbach bei Wornbach von einem französischen Soldaten in Uniform (weißer Franzose) vergewaltigt. Hierzu ist zu bemerken, daß an der Südgrenze des Besetzungsraumes französische Marine-Infanterie, französische Negere und Fremdenlegionäre stehen. 3. In Stropfen, Bezirksamt Birmasen, ohrfelgte der französische Major, welcher dem Bezirksamtmann mit Einpferren gedroht hatte, den protestantischen Pfarrer, weil dieser ihn nicht begrüßt hatte.

Der französische Plakkommandant in Saarlouis sagt in einer Bekanntmachung, daß es in Frankreich Sitte sei, den Hut abzunehmen, wenn die Fahne eines Regiments vorbeizieht, und spricht die Hoffnung aus, daß die Bevölkerung von Saarlouis diese französische Sitte von jetzt an mitmachen werde; sonst könnten die französischen Soldaten, die die Gewohnheit in Deutschland nicht kennen, in der Unterlassung dieses Grußes eine beabsichtigte Feindseligkeit erblicken, womit der Anfang zu unliebsamen Mißverständnissen gegeben sei. Mit Recht wirft man die Frage auf, weshalb denn der Plakkommandant nicht einfach die französischen Soldaten darüber aufklärt, daß der Gruß der Fahnen in Deutschland nicht üblich ist. Abgesehen davon ist es doch noch ein ander Ding, ob ich den Farben meines Landes oder fremden Farben die Ehrenbezeugung erweisen soll. Aber gerade auf diese nationale Demütigung scheint es den Franzosen anzukommen.

Keine Internierung der Armee Madensens?

Wolff-Meldung.

Berlin, 1. Dez. Die Waffenstillstandskommission in Spa befahte sich in der gestrigen Sitzung mit der Frage der Internierung der Armee Madensens, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Madensens nicht interniert werden, sondern sie muß sich unverzüglich hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

Die Räumung im Osten.

W. Berlin, 1. Dez. Die Räumungen im Ober-Ost-gebiet nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Dago, Moon, Narwa, Pleskau, Ostrow und Hodorisk sind geräumt.

W. Berlin, 1. Dez. Drei Infanterieregimenter der Heeresgruppe Madensens sind in Odersberg eingetroffen.

Ein Putzversuch in Glas.

W. Glas, 30. Nov. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend versuchten etwa 50 bis 60 Soldaten, die eine Waffentammer eroberten und sich bewaffnet hatten, einen Putz. Ein gewisser Kröber, der hier einen wenig guten Leumund besitzt, war in Spandau, wo er eine Strafe verbüßte, durch die Revolution frei geworden und hat sich in Berlin nach seinen Angaben der Spartakusgruppe angeschlossen. Von Spandau kam er in Feldwebeluniform nach Glas, um hier einen Putz zu veranstalten. Es gelang ihm, eine Reihe von Leuten für sich zu gewinnen, die er bewaffnet hat. In der Nacht zogen sie unter den Ruf: Nieder mit den Zentrumsleuten, es lebe die Republik! durch die Stadt, wobei Schüsse fielen. Das Ziel der Putzschmader war in erster Linie das militärische Besatzungsdepot, wo sie sich neu einfinden wollten. Der Zug wandte sich dann zur Volkstheaterne. Dort hatten die Soldaten auf die Kunde vom Herannahen der Demonstranten Maschinengewehre aufgestellt. Als auf die Aufforderung: Hände hoch, Gewehre hinwerfen! aus den Reihen der Aufreiter Schüsse fielen, antworteten die Soldaten mit Maschinengewehrfeuer. Zwei der Räubersführer wurden schwer verletzt, einer von ihnen ist heute früh seinen Verletzungen erlegen. Kröber und zwei weitere Räubersführer sind verhaftet und werden am Montag vom Standgericht Schweidnitz abgeurteilt werden. Das hiesige Standgericht hat das Todesurteil über Kröber gefällt, das Standgericht mußte jedoch nach dem Plaidoyer des Verteidigers in einer erneuten Verhandlung sich für unzuständig erklären und die Angelegenheit nach Schweidnitz überweisen. Auch in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag fielen an verschiedenen Stellen Schüsse, deren Herkunft noch nicht festgestellt werden konnte.

Gegenrevolutionäre Ausschreitungen in Kreuznach.

W. Kreuznach, 1. Dez. Zu ersten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es hier anlässlich der Tatsache, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am Stadthaus neben der Nationalfahnen auch die rote Fahne gehißt hatte. Nachdem diese schon einmal vor einigen Tagen von einem Offizier herabgeholt worden war, wurde sie am Sonntag nachmittag wiederum, und zwar auf Befehl eines

Offiziers, von mehreren Mannschaften gewaltsam herabgeholt und vor dem Stadthaus in Anwesenheit des dem Durchmarsch zusehenden Publikums verbrannt. Nachdem die Fahne durch eine neue rote ersetzt worden war, kam es am Sonntag vormittag zu ernsthaften Ausschreitungen. Auf das Ersuchen einer Abordnung, mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr und um Blutergüssen zu vermeiden, beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat, von dem weiteren Hisen der roten Fahne vorläufig Abstand zu nehmen. Wie festgestellt ist, können diese Ausschreitungen nicht als Stimmungsausdruck der Fronttruppen betrachtet werden.

Die Aufgaben der Nationalversammlung.

Berlin, 1. Dezember. Im Großen Saale des „Rheingold“ fand heute mittag eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation veranstaltete Kundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte: Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft in Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit, fest begründete politische Freiheit der Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung des Reiches. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist Aufgabe der Nationalversammlung. Die junge deutsche Volksrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Für die Sozialdemokratie ist der Weg hierzu klar vorgezeichnet durch das Erfurter Programm der Partei, für dessen Grundsätze die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre lang gekämpft hat. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfügen. Nicht Separatismus, sondern eine einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier liegen die grundlegenden Aufgaben der Nationalversammlung, von der wir endgültig Frieden erwarten. Nur zähe leidenschaftliche Hingabe und äußerste Energie können das zerstörte wieder aufbauen. In grundsätzlich sozialistischem Geist wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaften, die dafür reif sind. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur da, wo das sozialistische Wirtschaftsleben höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und neue Möglichkeiten des Verbrauches eröffnet, ist der Sozialismus am Platze. Der Kapitalprofit wird stark erfährt werden. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und ein Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und deren Sieg gesichert werden, dann muß jede politische Putzaktion auf das entschiedenste bekämpft werden. Wir wollen ein dauerhaftes, innerlich gesundes Werk schaffen, das eine gesicherte Entwicklung der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht. Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle. Das sind die Grundlagen unserer Politik; Beseitigung jeder Unterdrückung ist unverrückbar unser Ziel. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes, frohes Volk, das keine Schmarozker, kein Elend mehr kennt. Wer das selbst will, kämpft mit uns gegen die Gewaltpolitik, von woher sie auch kommt. Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

Auch der zweite Referent, Otto Braun, bekannte sich zum Ausbau und zur Festigung der Sozialpolitik auf demokratischer Grundlage. Im Auftrage der preussischen Regierung werde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Staat das Vorkaufsrecht an Landgütern sichert. Die in die Landwirtschaft eingetretene Arbeiter sollen sobald als möglich entlassen und die zurückkehrenden Landarbeiter wieder eingestellt werden. Die zwei Millionen Hektar Dab- und Moorländer sollen in Kulturländer umgearbeitet und soweit als möglich schon für die nächste Ernte nutzbar gemacht werden. Die wirtschaftliche Produktion müsse auf die höchste Stufe gebracht werden. Schließlich gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, wonach der Beschluß der Reichsleitung, die Wahl zur Nationalversammlung schon im Februar stattfinden zu lassen, einstimmig begrüßt wurde. Die Errungenschaften der Revolution könnten nur gesichert werden, wenn die Freiheit und Gleichberechtigung aller Volksgenossen auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus gewährleistet werde. Die Versammlung erklärte sich bereit, die Regierung in ihrem Kampfe, allen Widerständen und Hindernissen zum Trotz, mit voller Energie zu unterstützen.